

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Herausgeber: Bioforum Schweiz
Band: 44 (1989)
Heft: 2

Artikel: Bewegung an der Agrarfront
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-892237>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

tur opfern? Müssen wir wirklich nachplappern, was der «Gesundschumpungsprophet» der 60er Jahre, Siccio Mansholt, längst als Unsinn erkannt und widerrufen hat?

Die Schweiz hätte noch eine Chance, Europa jenes Alternativmodell zu zeigen, das der EG-Agrarspezialist Hermann Priebe als Ausweg aus der Sackgasse der «subventionierten Unvernunft» empfiehlt.¹ Es gibt übrigens inzwischen auch schweizerische Modellrechnungen, die Priebes Theorie bestätigen.

Werner Scheidegger

¹H. Priebe, Die subventionierte Unvernunft, Verlag Wolf Jobst Siedler, 1985. Erhältlich bei Biofarm, 4936 Kleindietwil und im Buchhandel.

Bewegung an der Agrarfront

Die Kleinbauerninitiative ist zwar abgelehnt, aber sie tut ihre Wirkung. Bereits bei der Beratung des Gewässerschutzgesetzes hatten die Gegner der Initiative Gelegenheit zu zeigen, dass die Ziele derselben auch mit andern Mitteln erreicht werden können. Vermutlich hätte man ohne Schaden für das Ganze noch etwas weiter gehen können, und es ist zu hoffen, dass die Ausnahmen nicht zu grosszügig gehandhabt werden.

Am 6. Juli hat die Arbeitsgruppe für eine neue Agrarpolitik NAP einen Initiativtext vorgestellt, der über die von der Kleinbauerninitiative anvisierten Ziele hinausgeht und weit mehr als diese eine naturnahe Landwirtschaft fördern will.

Die NAP-Initiative will den Bund in einem neuen Art. 31 octies der BV verpflichten, Leistungen für die Erhaltung einer vielfältigen Kulturlandschaft und für besonders umwelt- und tierfreundliche Produktionsformen mit Beiträgen abzugelten. Preis- und Absatzgarantien sollen an die Einhaltung von ökologischen Anbau- und Produktionsvorschriften gebunden werden. Der Höchsttierbesatz soll auf 2,5 DGVE begrenzt werden. Ausserdem seien Handelsdünger und Pflanzenschutzmittel so zu verteuern, dass umweltfreundliche Verfahren ökonomisch interessant werden. Schlussendlich sollen Importprodukte die gleichen Produktionsvorschriften erfüllen. Die Initianten wollen den Text nun in eine breite Vernehmlassung schicken. Daraus sollen sich bis zum Herbst der

definitive Text und die definitive Trägerschaft herauskristallisieren.

Am gleichen Tag und am gleichen Ort (welch ein Zufall!) hat der Schweizerische Bauernverband SBV überraschend eine eigene Initiative vorgestellt. Er tritt damit gewissermassen die Flucht nach vorne an und signalisiert, dass er in der Agrarpolitik federführend bleiben will. Der Vorschlag des SBV zielt in die gleiche Richtung, ist aber unverbindlicher gehalten.

Zu guter Letzt will der Landesring der Unabhängigen LdU am 19. August den Startschuss zu einer eigenen Initiative geben, dies, obwohl Vertreter des LdU bei der NAP mitgearbeitet haben.

* * *

Schon jetzt kann gesagt werden, dass der Vorschlag der NAP den Anliegen des biologischen Landbaus am meisten entgegenkommt. Das ist weiter nicht

verwunderlich, sind doch vor allem Vertreter von Umweltorganisationen in der Arbeitsgruppe vertreten. Wie weit die Basis dieser Verbände den Vorschlag ihrer Vorstände mitträgt, wird sich bei der Unterschriftensammlung zeigen.

Als Organisation mit über 40 Jahren Engagement für den biologischen Landbau sind wir da etwas skeptisch geworden. Zu oft haben wir die Erfahrung machen müssen, dass viele Bürger nur so lange für hohe Ziele zu begeistern sind, als sie nichts kosten und die eigene Bequemlichkeit nicht in Frage stellen, nach dem Motto: Für manchen ist kein Opfer zu gross, wenn es ein anderer bringt . . .

Wir werden uns in der Schweizerischen Leitung intensiv mit den verschiedenen Vorstössen auseinandersetzen. An unserem Beitrag zur Unterstützung einer zukunftsweisenden Agrarpolitik soll es nicht fehlen. sr.

Hintergründe und Ergebnisse der GATT*-Agrarverhandlungen

Der Aussenhandel ist zwar kein Selbstzweck, aber für ein modernes Industrieland wie die Schweiz von grosser wirtschaftlicher Bedeutung. Ein Teil unseres Volkseinkommens und zahlreiche Arbeitsplätze sind vom Export abhängig. Der Aussenhandel ist aber keine Einbahnstrasse, wer verkaufen will, muss auch etwas kaufen. Die Länder, die dem GATT angeschlossen sind, haben sich verpflichtet, gewisse Spielregeln einzuhalten, um einen möglichst fairen, gerechten und ungehinderten Handel zu ermöglichen, was sich letztlich zum Vorteil aller Beteiligten auswirken sollte.

Verzerrungen im Agrarhandel

Nun gibt es aber immer wieder Störungen und Behinderungen in diesem Aussenhandel, im Waren- und Dienstleistungsverkehr, die zu Marktverzerrungen führen. Besonders gravierende Störungen und Verfälschungen sind in den letzten Jahren im Agrarhandel aufgetreten. Die Fortschritte und die Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft, vor allem in den entwickelten Industrieländern, haben zu einer Produktionsausdehnung, damit zu einem Rückgang der Importe und

schliesslich zu enormen Überschüssen insbesondere von Getreide, aber auch bei Zucker, Milchprodukten, Fleisch und Pflanzenfetten geführt. Um diese Überschüsse loszuwerden, haben viele Länder (insbesondere die EG) damit begonnen, diese mit Exportbeiträgen verbilligt im Ausland abzusetzen. Damit fielen die Preise auf den Weltmärkten, worauf weitere Exportländer mit noch mehr Subventionen reagierten, um ihre Ware absetzen zu können. So sanken schliesslich die Preise für Getreide zeitweise auf 12 bis 15 Fr./q und für Zucker auf 15 Rp./kg.

Die **Leidtragenden** dieser Eskalation bei den Exportbeiträgen waren die Bauern in den Länder, die stark auf den Export angewiesen sind. Australien ist ein solches Land, es exportiert 80 Prozent seiner landwirtschaftlichen Produktion. Andere stark Betroffene sind Neuseeland, Kanada, Argentinien, Uruguay, Chile, Thailand und die USA.

Ziel der GATT-Verhandlungen

Ein Hauptziel der GATT-Verhandlungen im Agrarbereich in der laufenden Uruguay-Runde ist es nun, diese Missstände und Handelsverzerrungen nach Möglichkeit zu beseitigen, neue für alle verbindliche Spielregeln aufzustellen und mehr Disziplin in den Weltagrarhandel zu bringen.

* GATT = Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (Schweiz ist Mitglied seit 1966), Sekr. Genf